



SDA-Bulletin

Zürich, 14. Dezember 2020

Die Beschlüsse des Zürcher Kantonsrates

Der Kantonsrat hat dem Gegenvorschlag zur «Natur-Initiative» in zweiter Lesung zugestimmt ([5582](#)). Dieser Gegenvorschlag des Regierungsrates beinhaltet, dass künftig zwischen 40 und 60 Millionen Franken jährlich in den Fonds für Natur- und Heimatschutz fliessen. Aktuell liegt der Mindestbeitrag bei 30 Millionen pro Jahr – nach Ansicht der Umweltschutzverbände viel zu wenig. Sie verlangten mit ihrer Volksinitiative «Rettet die Zürcher Natur» einen Betrag von jährlich mindestens 55 Millionen. Die Initianten kündigten an, ihr Anliegen zurückzuziehen, sofern der Gegenvorschlag in Kraft tritt.

Kapitalbezüge aus der beruflichen Vorsorge werden künftig tiefer besteuert. Das Parlament hat einer parlamentarischen Initiative der Bürgerlichen in zweiter Lesung mit 103 zu 61 Stimmen zugestimmt ([KR-Nr. 377/2016](#)). Aktuell werden Kapitalbezüge aus der 2. und 3. Säule mit einem Satz besteuert, der einem Einkommen von 10 Prozent der bezogenen Kapitaleistung entspricht. Neu soll sich der Steuersatz an 5 Prozent der Kapitaleistung orientieren. Grund für die Steuersenkung ist die gestiegene Lebenserwartung.

Der Kantonsrat hat eine Änderung am Personalgesetz in zweiter Lesung mit 103 zu 63 Stimmen genehmigt ([KR-Nr. 298/2017](#)). Damit werden die Entlassungsmodalitäten für staatliche Angestellte modernisiert.

Der Kantonsrat hat ein weiteres Härtefallpaket genehmigt, welches das Gewerbe vor Konkursen wegen Corona bewahren soll ([5663](#)). Das Hilfspaket beinhaltet maximal 200 Millionen Franken in Form von Darlehen und 80 Millionen in Form von Á-fonds-perdu-Beiträgen. Beantragen können die Gelder alle Unternehmen, die mindestens 50 Prozent Umsatz einbruch haben. Ursprünglich sollte dieses Härtefallpaket nur Unternehmen aus der Event-, Gastro-, Reise- und Tourismusbranche sowie Schaustellern zugutekommen.

Der Kantonsrat hat die Beratung des Budgets für das Jahr 2021 fortgesetzt ([5644](#)). In der Vormittagssitzung wurden die Leistungsgruppen der Finanz- und der Volkswirtschaftsdirektion behandelt, am Nachmittag jene der Gesundheitsdirektion. Die Schlussabstimmung findet voraussichtlich am morgigen Dienstagabend statt.

(sda)